

2

Antrag

**an die 163. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 25. Oktober 2013**

Kollektivvertragliche Entlohnung für alle Beschäftigten der FEIBRA GmbH gemäß Postmarktgesetz 2009

Die FEIBRA GmbH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Österreichischen Post AG (Post AG) und war bis 30. April 2011 ausschließlich mit der Zustellung von unbeanschrifteten Sendungen betraut. Zeitgleich mit der Öffnung des Arbeitsmarktes für die gesamten EU-Staaten mit 1. Mai 2011 beantragte die Post AG für die FEIBRA GmbH eine eigene Zustellkonzession für adressierte Briefsendungen in Österreich. Dadurch besitzt die Post AG nun auch im Zustelldienst die Möglichkeit zur flächendeckenden Verlagerungen der Arbeiten von kollektivvertraglich auf nicht kollektivvertraglich bezahlte DienstnehmerInnen. Die FEIBRA GmbH entlohnt lediglich die „VerwaltungsmitarbeiterInnen“ nach dem Post-Kollektivvertrag, wohingegen die ArbeitnehmerInnen der FEIBRA GmbH, die mit der Zustellung von Sendungen beschäftigt werden, ausschließlich Stücklohnverträge erhalten.

Die Zustellungen von adressierten Briefsendungen bei der Post AG wurden bislang ausschließlich von kollektivvertraglich entlohnerten Postbeschäftigten (Beamte, Angestellte und PostKV-Neu) geleistet. Die Post AG setzt aber nun vermehrt die FEIBRA GmbH für die Zustellung von adressierten Briefsendungen der Post AG ein. Dieser Umstand ist kritisch zu hinterfragen, weil dies einer organisatorischen Auslagerung der Briefzustellung von der Post AG zur FEIBRA GmbH gleichkommt. Diese Auslagerungen rechnen sich wirtschaftlich aber nur ohne kollektivvertraglicher Bezahlung der FEIBRA-ZustellerInnen.

Durch diese Zustellverlagerung umgeht die Post AG gezielt die kollektivvertraglichen Entlohnungen der Postbeschäftigten und betreibt dadurch massives Lohn- und Sozialdumping. Das Postmarktgesetz 2009 (PMG) verpflichtet aber die Post AG als Universaldienstbetreiber zwingend auf kollektivvertragliche Entlohnung aller Beschäftigten der Post AG. Dies gilt auch für alle Firmenbeteiligungen der Post AG bis zu einer Eigentümerschaft von 25 %!

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Verantwortlichen der Post AG, die ÖIAG, die zuständige Regulierungsbehörde RTR sowie die Österreichische Bundesregierung und den Nationalrat auf, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass alle Beschäftigten von Tochtergesellschaften der Post-AG gemäß PMG 2009, wie insbesondere die Dienstnehmer der FEIBRA GmbH, ausschließlich kollektivvertraglich entlohnt werden. Dieses widerrechtliche Lohn- und Sozialdumping auf Kosten aller Beschäftigten und Sozial- als auch Pensionsversicherungsträgern muss umgehend beendet werden.

